

BIG Business Crime

Rechtstrend stoppen

Am Tag vor der Europawahl am 9. Juni 2024 gab es in Frankfurt am Main eine Großkundgebung gegen den Rechtstrend in Europa. Zu ihr hatten der DGB und die Diakonie, der Frankfurter Jugendring, das KoalaKollektiv und viele Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft aufgerufen, darunter auch Business Crime Control und KunstGesellschaft. Die beiden Vereine veranstalten seit 2006 zusammen Matineen zu politischen und kulturellen Themen. An ihrem Stand verteilten sie Informationsmaterial zu ihrer Arbeit und legten Bücher zum Thema Wirtschaftskriminalität aus – von Autoren und Herausgebern, die Mitglieder von Business Crime Control waren oder sind.

Unter den vielen interessierten Besucher:innen des Standes war auch der Europaabgeordnete Udo Bullmann, der zusammen mit dem stellvertretenden hessischen Ministerpräsidenten Kaweh Mansoori vorbeikam. Bullmann äußerte sich anerkennend über die Arbeit von BCC und sagte, dass er sich dafür eingesetzt habe, dass die EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche AMLA nach Frankfurt kommt. Die Polizei gehöre schließlich „da hin, wo die Verbrecher sind“.

Am Stand hingen ein Transparent mit dem Spruch: „Wirtschaftskriminalität spaltet die Gesellschaft, zerstört Solidarität und Demokratie“, ein Plakat von Klaus Staeck aus dem Jahr 1981 (siehe Abbildung auf S.4) und das

Plakat der Galerie im Bunker / KunstGesellschaft zu deren erster Ausstellung im selben Jahr: „Picasso – Zu Krieg und Frieden“.

Aus dem auf der Kundgebung verteilten Flugblatt von BCC:

„Die CumEx-Strafverfahren werden gegenwärtig in Frankfurt vor Gericht verhandelt. Es sind nicht die einzigen Wirtschaftsverbrechen, die mühsam aufgeklärt werden müssen. Aber nichts enthüllt so deutlich das Rechtsbewusstsein und die Dreistigkeit derjenigen, die dem Gemeinwesen auf perfide Art und Weise Geld entzogen haben, wie die CumEx-Deals: Nämlich Steuern vom Staat zurückzuverlangen, die gar nicht bezahlt worden sind. Die Schadenssumme geht in die Milliarden, Geld, das dem Gemeinwesen entzogen wird.

Über solche und ähnliche Themen aufzuklären, hat sich BCC zum Ziel gesetzt.

Business Crime Control e.V. wurde 1991 als gemeinnütziger Verein gegründet. Sein Hauptziel ist, über die Demokratie-, Sozial- und Umweltschädlichkeit von Wirtschaftskriminalität aufzuklären. Insbesondere die Nahtstelle und Überlappung von krimineller und legaler Ökonomie sind Schwerpunkte der Aufklärung. In einem auf die Gewinnmaximierung ausgerichteten Wirtschaftssystem ist der Widerspruch zwischen dem Gemeinwohlinteresse und den Einzelinteressen der Kapitaleigner, insbesondere der großen Global Player, eine systemimmanente Konstante.“



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Anfang des Jahres gab es in vielen Städten der Bundesrepublik Demonstrationen gegen die AfD und ihre politischen Pläne. Sie standen unter dem Motto: Demokratie verteidigen! So berechtigt diese Forderung auch ist, müsste sie doch ergänzt werden um die Forderung, auch dort demokratische Verhältnisse zu schaffen, wo sie noch nicht oder nur schwach vorhanden sind. In erster Linie ist dabei an „die Wirtschaft“ zu denken. Hier steht die Unternehmerfreiheit, die Freiheit der Kapitaleigner, in einem mehr oder weniger starken Kontrast zur grundgesetzlich normierten Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Dessen Gebrauch solle zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen, heißt es im Grundgesetz. Wenn dies nicht (mehr) der Fall ist, sei eine Enteignung, ja sogar die „Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln“ möglich.

In einem Begriff zusammengefasst kann eine solche Entwicklungsperspektive als die einer Wirtschaftsdemokratie bezeichnet werden.

Wenn man die immer größer werdende Kluft zwischen Armut – auch der „öffentlichen Armut“ – und dem privatem Reichtum betrachtet, wenn man die von Lobbyorganisationen und ihren politischen Interessenvertretern blockierten Maßnahmen zum Umweltschutz und gegen die fortschreitende Klimakrise beklagt, die vielfältigen – legalen oder illegalen – Machenschaften zur Steuervermeidung oder Steuerverkürzung, die zum Teil fließenden Übergänge zwischen der „normalen“ und einer kriminellen Kapitalverwertung, dann gibt es nur eine sinnvolle Forderung: mehr Transparenz, Kontrolle von unten und die Entwicklung kollektiver und solidarischer Wirtschaftsformen.

Nicht die bloße Verteidigung des Status quo, nicht ein abstraktes Dagegen-Sein gegen die „Feinde der Demokratie“ ist das Gebot der Stunde und wird helfen, weitere Wahlerfolge der AfD zu verhindern. Sondern nur eine politische Wende hin zu mehr sozialer und ökologischer Gerechtigkeit, zur Umverteilung von oben nach unten statt umgekehrt. Und die Abwendung von einer Politik, die zu noch mehr Krieg und Zerstörung führt, statt die anstehende Aufgabe für die Menschheit anzupacken: eine lebenswerte Welt zu bewahren und zu fördern.

Mit den besten Grüßen

Redaktion BIG Business Crime

Hans See zum 90. Geburtstag

Am 26. Juli 2024 wird Hans See, der Gründer und Ehrenvorsitzende von Business Crime Control, 90 Jahre alt. Unvermindert ist er für die Ziele des Vereins aktiv, beschäftigt sich mit der Aufklärung über die Ursachen und Folgen von Wirtschaftsverbrechen und damit, was gegen sie getan werden kann. Schon bei der Gründung des Vereins, zusammen mit dem ehemaligen Kriminaldirektor im BKA Dieter Schenk und anderen, war klar, dass es nicht darum gehen konnte, sich mit der Forderung nach schärferen Gesetzen oder deren strikterer Beachtung zu begnügen. Wenn Wirtschaftskriminalität durch mangelnde Transparenz und fehlende demokratische Kontrolle erst ermöglicht wird, dann lag es auf der Hand, mehr Transparenz und Kontrolle in den Banken und Konzernen zu fordern, um eine kriminelle Kapitalverwertung zu verhindern.

Hans See fand dafür den Begriff der „kriminalpräventiven Mitbestimmung“. Denn auf die in den Unternehmen immer mehr eingeführten Regeln für „Compliance“ zur Verhinderung von Unterschleif und Korruption und auf die externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften war kein Verlass. Letztere waren und sind in ihrer Doppelfunktion als honorierte Zertifizierer von Bilanzen und zugleich als Steuer- und Finanzberater nicht selten selbst verstrickt in Bestrebungen zur wenn nicht illegalen, so doch illegitimen Gewinnerzielung.

Nur die Abschaffung der von Hans See so genannten „demokratiefreien Chefetagen“ in den Unternehmen, letztlich die Entwicklung hin zu einer Wirtschaftsdemokratie kann bewirken, dass Wirtschaftsverbrechen sich nicht mehr lohnen, dass sie frühzeitig entdeckt und verhindert werden und nicht mehr den immensen Schaden anrichten können wie heutzutage.

Dies hat er in seiner Tätigkeit als langjähriger Vorsitzender von Business Crime Control, als Gründer und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift BIG Business Crime, in seiner Forschung und Lehre als Politikwissenschaftler und Wirtschaftskriminologe an der Fachhochschule Frankfurt am Main und in vielfältigen Publikationen stets vertreten.

In Anlehnung an eine bekannte Formulierung von Max Horkheimer könnte man sagen: Wer nicht vom Kapitalismus reden will soll von der Wirtschaftskriminalität schweigen. Deshalb war es nur konsequent, wenn sich Hans See in einer Rede zum 1. Mai 2024, die er bei der Kundgebung des DGB im Mörfelden-Walldorf hielt, auf die Grundmechanismen der Kapitalverwertung bezog, bevor er auf die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung zu sprechen kam. Ohne diese Mechanismen zu benennen lassen sich Wirtschaftsverbrechen zwar beschreiben, aber nicht zureichend erklären. Deshalb drucken wir hier Auszüge aus der Rede ab – zugleich aber auch, anlässlich des 90. Geburtstages von Hans See, als Würdigung seiner jahrzehntelangen Aufklärungsarbeit.

Rede zum 1. Mai 2024

von Hans See

Unsere Gewerkschaften sind durch viele Erfolge zu hohem Ansehen gelangt. Sie haben allerdings auch, ich erinnere an die Neue Heimat, immer wieder viel Vertrauen verspielt. Vor allem sollten sie sich nicht um jeden Preis als Ordnungsfaktor der freiheitlich demokratischen Grundordnung beweisen wollen. Viel mehr als in den vergangenen Jahren sollten sie verdeutlichen, dass diese Demokratie auf Dauer nicht vor der ständig wachsenden Konzernmacht geschützt werden kann, wenn sie nicht mit Augenmaß zu einer – ich pflege zu sagen kriminalpräventiven – Wirtschaftsdemokratie weiterentwickelt wird. Würde das gelingen, könnte man bedenkenlos von einem System des demokratischen Sozialismus, einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz sprechen. Doch noch überwiegen die Stimmen, die an das Heilsversprechen eines christlich-kapitalistischen Sozialdarwinismus glauben.

Die kleineren Konkurrenten des DGB, die so genannten Spartengewerkschaften, schätze ich, weil sie der Gefahr, dass sich die DGB-Gewerkschaften irgendwann vom Kapital völlig vereinnahmen und vor den Karren der Gewinnmaximierer spannen lassen, deutlich spürbar entgegenwirken. Als „Sozialpartner“ und als „Co-Management“ haben sich die DGB-Gewerkschaften schon fest etabliert. Und nicht nur von gewerkschaftsfeindlichen Kreisen werden sie beschuldigt, für die großen Wirtschaftsverbrechen der vergangenen Jahre, soweit sie von mitbestimmten Unternehmen wie Siemens, der Deutschen Bank, VW, Daimler Chrysler und BMW (Stichwort Dieselgate) begangen wurden, mitverantwortlich zu sein. Dass sie zu diesen Fällen schweigen, wird ihnen als unfreiwilliges Schuldeingeständnis angekreidet.

Aber reden wir über diesen 1. Mai. Der DGB hat, wie es Tradition ist, auch in diesem Jahr 2024, in dem an unser Grundgesetz und den hohen Stellenwert „unserer“ Demokratie erinnert wird, eine

Losung ausgegeben, die drei – für mich auf den ersten Blick erschreckend harmlose – Forderungen enthält: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.

Betrachten wir den Lohn. Ich war zwölf Jahre industrieller Lohnarbeiter, Werkzeugmacher. Ich bekam an jedem Freitag eine Tüte mit dem schwer verdienten Geld, für das ich nicht einmal ein Konto benötigte, weil ich keinen Pfennig sparen konnte. Es wurde so ausgegeben, dass es gerade eben reichte. Erst beim Studium der Sozialwissenschaften lernte ich, dass es der im Kalten Krieg offiziell verpönte Karl Marx war, der den Lohn, eigentlich die Lohnarbeit, wissenschaftlich analysierte und diese Studien zur Grundlage der entstehenden, sich als marxistisch verstehenden deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wurden.

Ich setze voraus, dass die wichtigen Erkenntnisse, die Marx der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung lieferte, heute allgemein bekannt sind. Damals, als Lohnarbeiter mit Volksschulbildung, habe ich fast zwölf Jahre meines Lebens (Zeiten der Arbeitslosigkeit mitgezählt) unter den Bedingungen des Kalten Krieges keine Ahnung gehabt, wie das System, in dem und von dem ich lebte, funktioniert. Und dies, obgleich ich als Lohnarbeiter zugleich aktiver Gewerkschafter, nämlich Jugendvertreter der IG-Metall war. Ich lernte aber praktisch, was Arbeitslosigkeit bedeutet, und habe in verschiedenen fremden Berufsfeldern arbeiten müssen, weil der technische Fortschritt viele Werkzeugmacher überflüssig werden ließ. Es blieb die Lohnarbeit.

Im Lauf meines nachgeholtten Bildungsganges habe ich von Adorno, Carlo Schmidt, Werner Hofmann, vor allem von Wolfgang Abendroth, gelernt, dass seit Marx die Forderung nach mehr Lohn das Kernproblem unserer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist. Es war Karl Marx, der im System der Lohnarbeit den Widerspruch aufdeckte, der über alle sonstigen Unterschiede der Menschen hin-

weg, die Klassenstruktur kapitalistischer Gesellschaften als objektive Gegebenheit bewusst machte. Dieser Widerspruch findet sich in der Struktur unserer kapitalistischen Gesellschaften. Er ergibt sich aus den nicht wirklich zu versöhnenden Interessengegensätzen, die sich als Lohnarbeit und Kapital gegenüberstehen und zu ständigen Auseinandersetzungen – Marx sprach von Klassenkämpfen – zwingen.

Was die Geschichte zwischen 1848 und 1948 lehrte war dies, dass jeder Versuch einer Versöhnung zwischen Lohnarbeit und Kapital zum Scheitern verurteilt ist. Denn an der Eigentumsfrage scheiden sich die Geister. Und wer die Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit will, ohne die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel wirksam einzuschränken, muss – faktisch ein Widersinn – Versöhnung erzwingen. Deshalb münden alle Versuche dieser Art, gewollt oder ungewollt, ein in eine mehr oder weniger verschleierte Kapitaldiktatur. (...)

Wer nichts als seine Arbeitskraft zu verkaufen hat, muss vom Lohn leben und auch leben können. Wenn sich über die sowieso schon zu niedrigen Löhne auch noch skrupellose Miethaie, Ölgesellschaften, Elektrizitätswerke, Wasserwerke und Lebensmittelläden hermachen, bleibt für einen großen Teil der Gesellschaft weder etwas für Rücklagen und Sonderausgaben, noch für eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben übrig.

Umso verwunderlicher finde ich, dass die Gewerkschaften nicht klar und deutlich der falschen Redensart von der Lohn-Preis-Spirale widersprechen und darauf dringen, dass von der Preis-Lohnspirale gesprochen wird. Der Normalfall ist nämlich, dass die Preise so gut wie immer den Löhnen davonlaufen und Löhne es selten schaffen, einmal kräftig und dauerhaft ihre Kaufkraft zu erhöhen. Mehr Lohn zu benötigen bedeutet deshalb oft, Überstunden zu machen, die in vielen Arbeitsbereichen nicht einmal pünktlich oder auch überhaupt nicht bezahlt werden.

Wenn der Lohn grundsätzlich der Marktpreis für die verkaufte Arbeitskraft ist, ist es schon ein Politikum, mehr Lohn zu fordern. Aber was sollen Arbeitskraftverkäufer tun, wenn ihr Kaufpreis unter die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten fällt, wenn der Lohn nicht zum Leben reicht. Ein Glücksfall ist es daher, wenn die Arbeitskräfte knapp werden, weil dies nach den Gesetzen des Marktes ihren



Hans See beim „Tag der Arbeit“ 2024 im voll besetzten Bürgerhaus im hessischen Mörfelden-Walldorf

Preis nach oben treibt. Derzeit haben wir auf unserem Arbeitsmarkt einen akuten Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, was zu Lohnforderungen ermutigt. (...)

Das Kapital sucht sich die benötigten Arbeitskräfte, teils, indem es zu ihnen kommt, teils, indem es sich auf dem riesigen Weltmarkt für Arbeitskräfte die geeigneten auswählt und in die bevorzugten Standortstaaten holt. Hier nun entsteht ein Nebenwiderspruch, man könnte sagen, ein klasseninternes Problem. Es ist dies die Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander. Um dieser Konkurrenz ihre Sprengkraft zu nehmen, hat die marxistische Arbeiterbewegung schon früh die Forderung nach internationaler Solidarität an sich selbst gestellt. Doch die nationalistisch und imperialistisch denkenden und handelnden Fraktionen der Unternehmerschaft haben schon früh den Nationalismus und Rassismus als Schwachstelle der Arbeiterbewegung erkannt und eben diese Ideologien zu ihrer Spaltung und Schwächung gezielt eingesetzt.

Auf der anderen Seite hat sich die absolute systemische Zusammengehörigkeit von Lohnarbeit und Kapital als die schwächste Stelle des Kapitalismus erwiesen und Gewerkschaften und Arbeiterparteien immer wieder neue Möglichkeiten des

Angriffs geboten. Im politischen und wissenschaftlichen Herrschaftsdiskurs haben die Kapitalfraktionen immer wieder die Frage aufgeworfen: Wie kann man im Rechtsstaat den legitimen Anspruch der übergroßen Mehrheit derer, die über kein oder kein nennenswertes Eigentum verfügen, völlig legal daran hindern, eine wirksame demokratische Kontrolle über das Kapital zu erlangen, und zwar durch freie, gleiche und geheime Wahlen, die ja genügen, die kapitalbasierte Übermacht der Bourgeoisie per Gesetz, also im Prinzip gewaltfrei, auf friedlichem Weg, zu entmachten, sei es durch Enteignung, sei es durch eine auf qualifizierter Mitbestimmung beruhende Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt über das Kapital.

Die Analyse der Lohnarbeit, der Arbeit von Menschen, die über kein Kapital verfügen, hat gezeigt, ja bewiesen, dass ein Lohnabhängiger, eine Lohnabhängige, nach den Kriterien der bürgerlichen Aufklärung, ihres Menschenbildes, ihrer Werte und Ideale, kein vollwertiger Mensch und kein vollwertiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden kann, so lange die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, mögen sie noch so viel Freiheit in der Freizeit, noch so attraktive Reiseziele für Lohnarbeiter und ihre Familien bieten, mögen sie auch befähigen, den

Weltraum zu erobern, den Mars zu besiedeln, es nicht fertigbringen, den Hunger, das soziale Elend, die Not, die heilbaren Krankheiten, den Analphabetismus, Krisen, Kriege und menschengemachte Naturkatastrophen zu überwinden.

Wenn heute von den DGB-Gewerkschaften mehr Freizeit, in Form von Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, gefordert wird, könnte man meinen, die Gewerkschaften hätten das hehre Ziel, Befreiung der Arbeit durch Befreiung von Fremdbestimmung, aufgegeben und würden sich künftig mit der Forderung nach etwas mehr Freizeit begnügen. Hiervor kann ich nur warnen. Denn die Kapitalstrategen haben längst die Freizeit der Arbeitnehmer als eine zusätzliche Möglichkeit der unternehmerischen Bereicherung entdeckt und es mit dem alten, aber auf den neuesten – digitalisierten – Stand gebrachten Manipulationsmittel „Brot und Spiele“ – die Nazis sprachen von „Kraft durch Freude“ – geschafft, ganze Generationen von den Grundsatzfragen, die der Kapitalismus aufwirft, abzulenken.

Was sich in den Bereichen kommerzieller Sport, Fan-Kultur, Kulturindustrie, Konsumismus an wachsenden Problemen abzeichnet, deutet eher darauf hin, dass künftig auch die Freizeit, die Urlaubszeit, zum offenen Schlachtfeld um Geld, Macht und Ruhm werden wird. (...)

Dass der DGB mehr Sicherheit fordert, passt in unsere, in diese spannungsgeladene, zunehmend von Wut, Hass, Hetze und Gewalt gezeichnete Zeit. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Debatten über die Frage, wie viele und welche Waffensysteme wir an die Ukraine liefern, die ja nicht weniger als unsere Freiheit vor Putins imperialistischen Ambitionen verteidigt, ist die Forderung nach mehr Sicherheit besonders heikel. Denn unsere westliche Freiheit wird ja nicht nur vom lupenreinen Imperialismus Putins bedroht. Mindestens ebenso groß ist die Gefahr, die den kapitalistischen Demokratien von den innergesellschaftlichen neonazistischen Rechten und den Rechtspopulisten anderer Mitgliedstaaten droht. (...)

Die Erhöhung der Staatsausgaben für mehr militärische Sicherheit erhöht selbstverständlich auch den innergesellschaftlichen Widerstand gegen noch mehr Schulden. Die heftigen Streitereien über die Schuldenbremse, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ja nicht beendet, sondern eher verschärft

wurden, zeigen an, dass die Sicherheitspolitik zu einer großen Zerreißprobe für die gesamte Gesellschaft, also auch für die Gewerkschaften zu werden droht. Besonders für die in der Rüstungswirtschaft Beschäftigten.

Wer sich in der Kriegsökonomie ein wenig auskennt, weiß, dass sie imstande ist, den Kapitalismus aus seinen tiefsten Krisen herauszuholen. Ich kann die Mechanismen, die das bewirken, hier schon aus Zeitgründen nicht darlegen. Aber soviel muss gesagt werden: Rüstung und Kriege sind hoch rentable Kapitalanlagen. Sie kurbeln große Industrien an, Stahl, Chemie, Elektronik, Kanonen-, Panzer-, Schiffs- und Flugzeugbau, erhöhen die Produktion moderner Waffensysteme, sichern alte und schaffen neue Arbeitsplätze. Rüstungsaktien sind gewinnträchtige Kapitalanlagen. Rüstungsgüter bringen Gewinne, ohne die Gefahr, die Überproduktion würde die Marktpreise



Zweckverband der Rüstungsindustrie

Plakat von Klaus Staeck, 1981

zerstören, die zivilen Konsumgütermärkte verstopfen, am Ende Stagnation, Arbeitslosigkeit und Krisen erzeugen.

Der Arbeitsmarkt wird durch Kriege enorm entlastet, Arbeitskräfte werden knapp, gewinnen an Wert und an Wertschätzung. Die Spekulanten planen schon vor Kriegsende Investitionen in den Wiederaufbau, setzen schon auf das erfahrungsgemäß nach Zerstörungskriegen zu erwartende Wirtschaftswunder. Krieg ist die absolute Optimierung der Kapitalverwertung. Produktion und Kon-

sumtion, Zerstörung und Erneuerung, Investition und Gewinn werden derart beschleunigt, wie es kein noch so geschickt organisierter Wegwerfkapitalismus ermöglichen kann. (...)

Ich sehe die Gefahr, dass die letzten Reste der auch gewerkschaftlich stark unterstützten, ja teilweise sogar von gewerkschaftlichen Aktivisten mobilisierten Friedensbewegung, durch die allmählich die gesamte Gesellschaft spaltende Kriegspolitik und Kriegspropaganda ebenfalls zerlegt und zum Schweigen gebracht werden. Hoffentlich lassen sich unsere Gewerkschaften nicht, auch nicht teilweise, in diese neue Kriegsmaschinerie einbauen und von der Kriegshysterie hinreißen. (...)

Eine zusätzliche Schwächung der DGB-Gewerkschaften, auch der Spartengewerkschaften, könnte daraus entstehen, dass die weltweit immer aktiver und radikaler auftretenden NGO's, also die so genannten Nichtregierungsorganisationen, irgendwann an den Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden Parteien links vorbeiziehen. (...)

Wenn die Aktionen dieser NGO's erfolgreicher sind als die der Gewerkschaften, die jüngeren Menschen ohnehin als veraltet, versteinert, dem System allzu angepasst erscheinen, also zu einer besonderen Art von Konkurrenten werden, und dies, weil ihre eigenen Ziele weit über die Forderungen der Tarifpolitiker hinausweisen, weil sie die Klimapolitik im Auge haben, in der ja auch die alte soziale Frage als Sprengsatz verborgen liegt, kann es sein, dass der Kapitalismus dann von einer völlig anderen Seite her als es die klassische, heute nur noch in spärlichen Resten bestehende marxistische Arbeiterbewegung versuchte, in Frage gestellt wird.

So viel müsste nach unseren historischen und aktuellen Erfahrungen völlig klar sein, der rechtsextreme, völkisch-nationalistische und rassistische „Sozialismus“, der von Hitler und seinen Nazis als Lösung angeboten wurde, und der sich heute, etwas aufgewärmt, als „Alternative für Deutschland“ der Arbeiterklasse als basisdemokratische Bewegung anbietet, kann nur eine noch größere Katastrophe verursachen. Nationalismus und Rassismus sind historisch überholt, perspektivlos. Sie waren immer schon die Quelle von Kriegen, Krisen und sozialen Katastrophen. Heute sind sie apokalyptisch.

Quelle: www.wirtschaftsverbrechen.de

Wider die „kannibalische Weltordnung“

Business Crime Control gratuliert Jean Ziegler zum 90. Geburtstag

Der Schweizer Soziologe, Politiker, Sachbuch- und Romanautor Jean Ziegler feierte am 19. April 2024 seinen 90. Geburtstag. 1991 zögerte er auf Anfrage des Gründers von Business Crime Control Hans See nicht lange und wurde so quasi Mitglied der ersten Stunde. Er ist im Beirat des Vereins und war langjährig Mitherausgeber der Printausgabe der Zeitschrift BIG Business Crime.

Bei seiner Tätigkeit für UN-Organisationen und in seinen Büchern, die zu Bestsellern wurden, hat sich Jean Ziegler mit den sozialschädlichen Folgen von Wirtschaftskriminalität und mit der von ihm so genannten „kannibalischen Weltordnung“ auseinandergesetzt. Er hat zum Widerstand gegen sie aufgerufen.

2012 wurde er für sein Lebenswerk von der Stiftung „ethecon – Ethik & Ökonomie“ mit dem „Blue Planet Award“ geehrt. Wir zitieren hier, etwas gekürzt, seine damalige Dankesrede. Sie gibt einen Eindruck von seinem Engagement für das Recht auf Leben für alle und gegen die „strukturelle Gewalt“ und die „mörderischen Mechanismen“ der Kapitalverwertung.

Die Definition des Menschenrechts auf Nahrung, wie sie im UNO-Pakt für Wirtschafts- und soziale Rechte steht, lautet: „Das Recht auf Nahrung ist das Recht, unmittelbar oder durch finanzielle Mittel einen regelmäßigen, dauerhaften und freien Zugang zu einer qualitativ und quantitativ ausreichenden Nahrung zu haben, die den kulturellen Traditionen des Volkes entspricht, dem der Verbraucher angehört, und die ein physisches und psychisches, individuelles und kollektives, befriedigendes und menschenwürdiges Leben ermöglicht, das frei ist von Angst.“ Unter den 31 Menschenrechten der Universellen Deklaration der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 ist das ganz sicher jenes Menschenrecht, das am brutalsten und permanentesten verletzt wird auf diesem Planeten.

Alle fünf Sekunden – so sagt es der World Food Report der WFO (World Food Organisation/Welternährungsorganisation) vom letzten Jahr – alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. 57.000 Menschen ster-

ben jeden Tag am Hunger und eine Milliarde Menschen ist permanent schwerst unterernährt, verkrüppelt – kein menschenwürdiges Leben, kein sexuelles Leben, kein Arbeitsleben etc. – durch permanente schwere Unterernährung. Und derselbe World Food Report, der die Opferzahlen nennt, die nicht bestritten sind von irgendjemandem, sagt, dass die Weltlandwirtschaft in der heutigen Phase der Entwicklung der Produktionskräfte problemlos normal – 2.200 Kalorien pro Individuum pro Tag – zwölf Milliarden Menschen ernähren könnte. Also fast das Doppelte der Weltbevölkerung. Zu Beginn dieses Jahrtausends gibt es keinen objektiven Mangel mehr. (...)

Zehn internationale Konzerne beherrschen, kontrollieren heute 85 Prozent aller gehandelten Nahrungsmittel. Ich rede hier vor allem von den Grundnahrungsmitteln, das sind Mais, Reis, Getreide, die ihrerseits 75 Prozent des Weltkonsums abdecken, davon Reis ungefähr die Hälfte. Ich habe genug Verleumdungsprozesse am Hals gehabt

und sage es dennoch ganz klar: Es sind diese Konzerne, die jeden Tag entscheiden, wer isst und lebt, oder wer hungert und stirbt. Und: Das ist normal und legal. Konzerne funktionieren nach Profitmaximierungsstrategien. Die sind nicht da, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. (...) In der kannibalischen Weltordnung des Kapitalismus geht es um strukturelle Gewalt und nicht um psychologische Motivation. Es geht um die strukturelle Gewalt und die muss gebrochen werden. (...)

Die Industriestaaten der OECD haben letztes Jahr 349 Milliarden Dollar an Export- und Produktionssubventionen ausgegeben, die EU betreibt ganz massiv Überschussentsorgung in Afrika, Karibik, Anden-Amerika und Südasien. Auf jedem afrikanischen Markt heute in Dakar, in Niamey, in Cotonou kann man deutsches, französisches, griechisches Gemüse, Geflügel, Früchte zur Hälfte oder zu einem Drittel des Preises – je nach Saison – gleichwertiger afrikanischer Inlandsprodukte kaufen. Und ein paar Kilometer weiter steht der Wolof, Mossi- oder Bambara-Bauer zehn Stunden lang mit seiner Frau und seinen Kindern unter brennender Sonne, rackert sich ab, und hat nicht die geringste Chance, auf ein Existenzminimum zu kommen.

Von 54 Staaten des afrikanischen Kontinents und seiner Inseln sind 37 reine Agrarstaaten. Die Hypokrisie, die Verlogenheit der Kommissare in Brüssel ist abgrundtief. Einerseits fabrizieren sie den Hunger in Afrika – heute sind 35,2 Prozent von der einen Milliarde Menschen der afrikanischen Bevölkerung schwerst permanent unterernährt und die Zahlen steigen – und verfolgen dann mit militärischen Mitteln diejenigen Hungerflüchtlinge, die versuchen, 2.000 Kilometer über den Südatlantik, die Kanarischen Inseln oder vom Maghreb auf Lampedusa, Malta, an die Südgrenze Europas zu kommen. Die werden mit militärischen Mitteln, mit der FRONTEX-Organisation, Nachtsicht-Radar, Hubschrauber und so weiter, ins Meer zurückgeworfen, wo Tausende ertrinken. Also, das Agrar-Dumping ist einer der mörderischen Mechanismen für die Landbevölkerung. (...)

Die 122 sogenannten Entwicklungsländer haben am 31. Dezember 2011 eine kumulierte Auslandsschuld von 2.200 Milliarden, also 2,2 Billionen US-Dollar



gehabt. Alles was die ärmsten Länder verdienen mit ein wenig Baumwoll-Export, mit Erdnuss- oder Sisal-Export (Erdnüsse aus dem Senegal, Baumwolle aus Mali, Sisal aus Tansania), geht direkt an die Gläubiger-Banken in Frankfurt, London, New York, Paris oder Zürich zur Schulden- bzw. Zinsbegleichung oder zur Amortisation. Und so bleibt kein Kapital übrig zur Investition in die Subsistenz-Landwirtschaft. Es gibt weniger als 250.000 Zugtiere auf diesem Kontinent, und damit auch kaum mineralischen Dünger, es gibt schon gar nicht selektierten Samen. Lediglich 3,8 Prozent des schwarzafrikanischen Bodens sind künstlich bewäs-

sert, der Rest ist Regenlandwirtschaft wie vor 5.000 Jahren. (...)

Die notwendige Auslandsentschuldung hat noch ein zweites Element: Der IWF, der Weltwährungsfonds, verwaltet diese Schulden. Auslandsschulden kann man nicht in lokaler Währung bezahlen (in Gourdes oder Bolivianos), sondern die muss man in harter Währung bezahlen, das verlangen die Banken. Ergo, wenn der Weltwährungsfonds, wenn die „schwarzen Raben“ aus Washington einfliegen, wenn wieder einmal ein Staat am Rande der Zahlungsunfähigkeit ist, und wenn der Weltwährungsfonds wieder einmal über Refinanzierung, Schul-

denmoratorium usw. oder über neue Kredite redet, dann sagt er: „Wir respektieren eure Souveränität, aber wenn ihr einen neuen Kredit wollt oder ein neues Moratorium oder eine Schuldenstundung, die wir den Gläubiger-Banken im Club von Paris empfehlen, dann müsst ihr die und die Strukturreformen vornehmen.“

Und schon geht es um die berüchtigten Strukturanpassungsprogramme. Eine Konstante dabei ist stets: Militär und Fiskalstruktur werden nie reformiert. Aber die Exportflächen werden stets vergrößert. Mit Baumwolle, mit Sisal, mit Erdnüssen usw. kann man Devisen erwirtschaften. Aber dort, wo Baumwolle wächst, wächst kein Maniok. Dort wo Erdnüsse wachsen, wächst kein Reis. Das heißt, die Ausdehnung der Export-Agrarflächen zerstört bzw. vermindert die Kapazität, eigene Nahrungsmittel zu produzieren.

Jetzt zu den mörderischen Mechanismen, die die Stadtbevölkerung bedrohen, insbesondere die 1,2 Milliarden Menschen, die die Weltbank „extremely poor“ nennt, die mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen müssen. Da gibt es spezifische Mechanismen, die mörderisch sind für diese 1,2 Milliarden extrem armer Menschen, die die Slums der Welt bevölkern, die Calampas von Lima, die Favelas von Brasilien, die Slums von Karachi, die Smoky Mountains von Manila.

Der erste Mechanismus ist mit Sicherheit die Nahrungsmittelspekulation. Sie wissen, dass die sogenannte Finanzkrise, der Banken-Banditismus 2007/2008 an den Finanzbörsen Vermögenswerte in Höhe von 85.000 Milliarden, also 85 Billionen US-Dollar vernichtet hat. Daraufhin sind die großen Hedgefonds, die Großbanken, die Großspekulanten umgestiegen von den Finanzbörsen auf die Rohstoffbörsen und insbesondere auf die Nahrungsmittelbörsen. Goldman Sachs offeriert schon heute wieder Derivate – komplexe, intransparente Finanzprodukte – nicht nur auf Immobilien, sondern auch auf Reis, Zucker, Soja, Mais, Weizen, Hirse usw. Die Hedgefonds machen an der Chicago Commodities Stock Exchange völlig legal mit den üblichen Börseninstrumenten – also Short Selling, Leverage, Futures usw. – astronomische Profite. In acht Monaten – seit dem 1. September dieses Jahres rückwärts gerechnet – hat

sich Mais auf dem Weltmarkt um 63 Prozent verteuert. Die Tonne Weizen hat sich auf heute 271 Euro verdoppelt. Und der Weltmarktpreis für die Tonne philippinischen Reis ist in denselben acht Monaten von 110 Dollar auf 1.200 Dollar gestiegen. In den Kanisterstädten der Welt, in denen die Mütter mit ganz wenig Geld die tägliche Nahrung kaufen müssen, sterben die Kinder. (...)

Es gibt – die UNO-Sprache ist unglaublich bürokratisch, schlimmer als beim Militär – den strukturellen Hunger, den „silent hunger“, den unsichtbaren Hunger, der gewissermaßen implizit ist. Das tägliche Massaker ist untrennbar an die Unterentwicklung der Strukturen, der Produktivitätsstrukturen von Entwicklungsländern gebunden. Und dann gibt es den konjunkturellen Hunger, die Hungersnot, den sichtbaren Hunger. Wenn man Glück hat sieht man das sogar im deutschen oder schweizerischen Fernsehen zwei, drei Sekunden lang. Man sieht dann ein Kind im Sudan, in Darfur. Wenn ein Krieg oder eine Klimakatastrophe eine Ökonomie vernichtet, wenn diese zusammenbricht, dann redet man vom konjunkturellen Hunger. Und der ist dann sichtbar – oder könnte jedenfalls sichtbar sein, wenn man hinsieht. (...)

Wenn man ein Auto hat, das mit Bio-Ethanol funktioniert, und in Skandinavien ist das schon Gang und Gäbe, dann hat das beispielsweise einen 50-Liter-Tank. Wenn man diesen mit Bioethanol oder Biodiesel füllt, muss man 352 Kilo Mais verbrennen. Mit 352 Kilo Mais lebt ein Kind in Sambia oder Mexiko, wo der Mais Grundnahrungsmittel ist, ein Jahr lang. Was immer die Legitimationstheorie für Agrotreibstoff-Fabrikation durch Verbrennen von Millionen Tonnen von Nahrungsmitteln sein mag – es ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und nicht hinnehmbar. Gegen die Klimakatastrophe kann man auch mit anderen Mitteln kämpfen – öffentlicher Verkehr, Energiesparen, Solarenergie, aquatische Energie, Helio-Energie usw. (...)

Aktuell bin ich Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrates. Auch vor diesem Hintergrund sage ich, böse sein ist nicht einfach, es braucht dazu immer eine Legitimationstheorie. Die Weltbank kann ja nicht einfach das Land-Grabbing, den Landraub, praktizieren, in reinem Zynismus; sie braucht

dafür eine Legitimation. Auch um Agrar-Treibstoffe zu produzieren, wird eine Legitimation benötigt. Um die Schuld-knechtschaft aufrechtzuerhalten, ebenfalls. Und deshalb ist es wichtig, wäre es wichtig, wenn wir diskutieren könnten, wie diese Legitimationstheorien funktionieren und wie sie die öffentliche Meinung weitestgehend beherrschen. Der theoretische Klassenkampf, wie Sartre sagt, den haben wir nicht verloren, aber wir sind sicher derzeit auf der minoritären Seite. Es gibt den materiellen Klassenkampf und es gibt den theoretischen Klassenkampf, der ist ebenso wichtig. Es ist der Kampf um die Legitimationstheorien der Herrschaftsklassen-Praxis. Diesen theoretischen Klassenkampf, den müssen wir mit aller Intensität führen, wenn es um das tägliche Massaker des Hungers geht. (...)

Wo ist Hoffnung? Und jetzt meine ich nicht die Hegelianische Hoffnung der Negation der Negation, auch nicht die utopische, die Hoffnung der Negation des Existierenden; sondern wenn ich Hoffnung sage, geht es um ein konkretes, unmittelbar realisierbares politisches Projekt. Sie können jeden dieser mörderischen Mechanismen nehmen, die verantwortlich sind für das jedes Jahr aufs Neue millionenfache Massaker an Menschen auf diesem Planeten durch Hunger. Jeder dieser Mechanismen ist menschengemacht und kann von Menschen gebrochen werden. (...)

Noch einmal gesagt: Wir reden von Massenmord. Wir reden nicht – das muss ich ja hier gar nicht sagen – von einem Naturereignis. Wir reden von Massenmord, der Täter hat, der Komplizen hat und der morgen früh aus der Welt geschafft werden könnte... Morgen früh können wir den Bundestag zwingen, das Börsengesetz zu revidieren. Keine Börse der Welt funktioniert im rechtsfreien Raum. (...)

Die Lehre, die ich gezogen habe, aus meinen acht Jahren als Welthunger-Berichterstatter, ist eine sehr widersprüchliche. Die empirisch erlebte Ungerechtigkeit, die wird immer schlimmer. Der Hunger, die Zerstörung werden immer schlimmer. Wenn man die demografische Kurve nimmt, dann steigt zwar die Hungerkurve weniger schnell an als die demografische Kurve, was dann der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu sagen erlaubt „ja, der Hunger geht

zurück“. Aber es ist eben nicht so! In absoluten Zahlen wächst der Hunger. Auf jedem Kontinent. Und er wächst jetzt auch hier. Der Dschungel kommt auf Europa zu. (...)

Das gibt Hoffnung aus zwei Gründen: Erstens lernen jetzt die Europäer, was sie über Jahrhunderte den Völkern des Südens angetan haben. Die Weißen – wir – sind heute 13,8 Prozent, waren nie mehr als 15 Prozent in der ganzen Menschheitsgeschichte. Und seit 500 Jahren beherrschen diese Weißen mit immer neuen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystemen, mit Sklaverei, direkter territorialer Besitznahme usw. diesen Planeten. Und jetzt gibt es ganz langsam eine Gleichheit in der Erfahrung. Und das stützt das Identitätsgefühl. Immanuel Kant hat dazu gesagt: „Die Unmenschlichkeit, die einem anderen angetan wird, zerstört die Menschlichkeit in mir.“ (...)

Ich glaube, dass die Institutionen, so wie wir sie heute kennen, langsam absterben werden. Die planetarische Zivilgesellschaft, die ist ein neues historisches Subjekt: Attac, Greenpeace, Via Campesina, die Frauenbewegung und anderes mehr. Es ist eine Reihe von Fronten gegen den Raubtier-Kapitalismus entstanden, die sich sektoriell konstituieren. (...) Karl Marx hat gesagt: „Der Revolutionär muss im Stande sein, das Gras wachsen zu hören.“ Und deshalb bin ich voller Hoffnung. Der Aufstand des Gewissens steht bevor. Wie er sich konkretisieren wird in den Herrschaftsländern? Ganz sicher ist, dass wir alle, laut Grundgesetz, alle Waffen in der Hand haben, um diese kannibalische, mörderische Weltordnung zu brechen.

Ich möchte schließen mit einem Zitat von Pablo Neruda, dem Freund von Allende, umgekommen auf der Isla Negra drei Wochen nach dem gewaltsamen Tod von Allende, also nach dem 11. September 1973, wahrscheinlich vergiftet auf Geheiß des Schwerverbrechers Pinochet. Am Schluss des „Canto General“, diesem unglaublichen epischen Gedicht über das Entstehen Lateinamerikas, schreibt Pablo Neruda den Vers: „Pueden cortar todas las flores, pero jamás detendrán la primavera. – Sie (unsere Feinde) können alle Blumen abschneiden, aber nie werden sie den Frühling beherrschen.“

Quelle: www.ethecon.org

Staatsanwaltschaften am Gängelband der Politik?

von Joachim Maiworm

Ane Brorhiller, Kölner Oberstaatsanwältin in Sachen Cum-Ex, quittierte den Staatsdienst, um sich im Verein Bürgerbewegung Finanzwende zivilgesellschaftlich gegen Wirtschaftsverbrechen zu engagieren. Offensichtlich fühlte sie sich bei der Bekämpfung der Finanzkriminalität von den Behörden nicht ausreichend unterstützt oder sogar behindert.

Mehrere Presseberichte problematisierten deshalb jüngst die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften in Deutschland, weil, so das Handelsblatt, „besonders forsche Ermittler jederzeit aus dem Justizministerium zurückgepiffen werden“ können. In den meisten Kommentaren zu Brorhillers öffentlich vollzogenen Rückzug überwiegt die Auffassung, das ministerielle Weisungsrecht gehöre schlicht abgeschafft. Diese Forderung wird seit Jahrzehnten immer wieder erhoben, ist also längst ein rechtspolitischer Dauerbrenner.

Ähnlich positionierte sich Anfang des Jahres Berlins Generalstaatsanwältin Margarete Koppers. Denn der Europäische Gerichtshof verlange schon seit langem die Abschaffung des Weisungsrechts. In vielen europäischen Ländern gebe es denn auch kein Durchgriffsrecht auf konkrete Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften. Mit Blick auf die hohen Zustimmungswerte der AfD bei Umfragen in einigen Bundesländern verwies Koppers darauf, dass auch AfD-Politiker*innen das Amt des Justizministers besetzen könnten: „...dann möchte ich mir nicht vorstellen, wie die Strafverfolgung aussähe – vor allem im Bereich des Rechtsextremismus“.

Nach Auffassung von Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) ist es höchste Zeit für eine „Entfesselung der Justiz“. Er hält es für „eigentlich pervers“ und einen unerträglichen Zustand, dass die Politik der Staatsanwaltschaft jederzeit die Zügel anlegen könne. Das geschehe zwar eher selten, aber es komme ja gerade auf die „heiklen Verfahren“ an. Die politische Weisungsabhängigkeit sei darum ein Geburtsfehler der deutschen Staatsanwaltschaft, nötig dagegen die Selbstverwaltung für die gesamte Justiz.

Spricht aber dieser vielfach vorgetragene Furor gegen den Status der Staatsanwaltschaft als weisungsgebundene Behörde wirklich für eine Fehlkonstruktion in der deutschen Justiz?

Die Regeln des Weisungsrechts

Anweisungen des Ministeriums in konkreten Verfahren einer Staatsanwaltschaft sind in der Praxis tatsächlich sehr selten, da sie rechtspolitisch als äußerst umstritten gelten und medial regelmäßig skandalisiert werden. In § 146 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) heißt es allerdings so lapidar wie eindeutig, dass die Beamten der Staatsanwaltschaft „den dienstlichen Anweisungen ihres Vorgesetzten nachzukommen“ haben. Mit Letzteren sind auch die zuständigen Justizminister gemeint. Auch diese können sich also im konkreten Einzelfall in die Arbeit der Staatsanwälte einmischen. Anders als Richter, deren Unabhängigkeit nach Art. 97 GG verfassungsrechtlich garantiert ist, sind die Staatsanwälte dem Justizressort zugeordnet und gelten als „verlängerter Arm“ der Behörde.

Was spricht für die Beibehaltung des Weisungsrechts?

Staatsanwälte aber als reine Handlanger der Politik darzustellen, übersieht deren Entscheidungsfreiheiten, die sich aus ihren Aufgaben ergeben. „Sie haben ein Monopol darauf, Straffälle vor Gericht zu bringen“, schreibt Ronen Steinke in der Süddeutschen Zeitung. „Was für eine Macht! Richterinnen und Richter bleibt ‚nur‘, deren Anklagen zu kontrollieren. Kriminalpolitik ist etwas, das in einer Demokratie wählbar sein muss – und abwählbar. Deshalb hat es nie so richtig eingeleuchtet, weshalb die Staatsanwaltschaften, die in Deutschland eine solche Schlüsselrolle spielen, nach mehr ‚Unabhängigkeit‘ vom demokratischen Souverän verlangen – das heißt konkret: dass sie keine Weisungen mehr von den Justizministerien annehmen wollen.“

Um eine demokratische, öffentliche Kontrolle der ministeriellen Weisungen an Staatsanwaltschaften zu erleichtern, so zumindest die offizielle Begründung, legte das Bun-

desjustizministerium Anfang Mai 2024 einen Referentenentwurf eines Gesetzes vor, der das Weisungsrecht neu regeln soll. Die „Transparenz von Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft“ soll erhöht werden. Unter anderem muss den Adressierten überhaupt klar sein, dass eine Weisung erteilt wird (sie soll deshalb schriftlich erfolgen und begründet werden). Zusätzlich sollen zukünftig die bereits bestehenden Grenzen der Weisungsbefugnis nachlesbar im Gesetz stehen. – Alles in allem eine sehr verhaltene Reform, die die kritischen Stimmen kaum verstummen lässt.

Fazit: In der Öffentlichkeit verhandelte Fälle wie Cum-Ex lassen die Forderung nach einer grundlegenden Änderung der derzeitigen Rechtslage, das heißt einer Abschaffung von Weisungen der Politik, verständlich erscheinen. Es sollte aber auch ehrlich zugegeben werden, dass es der eigene politische Standpunkt ist, der gegebenenfalls die Weisungsbefugnis des Ministeriums zur Zielscheibe der Kritik werden lässt. Ein der AfD nahestehender und mit Weisungsbefugnis ausgestatteter Minister erzeugt bei den meisten Menschen berechtigte Ängste. Ein unabhängiger, das heißt von politischen Weisungen befreiter Staatsanwalt mit politisch rechter Neigung oder mit fehlendem Unrechtsbewusstsein in Sachen Wirtschaftskriminalität verspricht jedoch ebenfalls nichts Gutes.

Und noch ein Nachsatz zu Cum-Ex: Eine unabhängige Richterschaft hat – obwohl die illegalen Geschäfte seit Anfang der 1990er Jahre bekannt sind – noch im Jahr 1999 mit einem Gerichtsurteil (Bundesfinanzhof) die Argumentation gestärkt, mehrfache Steuererstattungen bei Leerverkäufen seien ganz legal. – Mit Recht wird immer Politik gemacht. Ein „entfesselter“ (Prantl) Justizapparat bzw. die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften garantiert aber nicht, dass diese in jedem Fall emanzipatorisch ausfällt.

Impressum:

Herausgeber: Vorstand von Business Crime Control e.V.

Redaktion:

Gerd Bedszent, Reiner Diederich, Victoria Knopp, Joachim Maiworm

Redaktionskontakt:

big-redaktion@businesscrime.de

BIG Business Crime online:

www.businesscrime.de

Layout: Fabio Biasio